

Zukunftsfähigkeit durch Kreislaufwirtschaft

Rede

von

Jochen Flasbarth,

Präsident des Umweltbundesamtes,

auf der Veranstaltung

zum 20-jährigen Jubiläum

der Sonderabfallmanagement GmbH

in Rheinland Pfalz

am 1. Juli 2013

in Mainz

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr über die Einladung zu ihrer Jubiläumsveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen der Sonderabfall-Management-Gesellschaft (SAM).

Bund und Länder haben in der Abfallwirtschaft grundsätzlich unterschiedliche Aufgaben. Dennoch gibt es zwischen dem Umweltbundesamt (UBA) und der SAM einen engen Austausch in Fragen des Vollzugs. Seit fast 20 Jahre arbeiten UBA und SAM erfolgreich im Vollzug der grenzüberschreitenden Abfallverbringung zusammen. Die Anlaufstelle zum Basler Übereinkommen im UBA wird im nächsten Jahr ebenfalls ihr 20-jähriges Jubiläum feiern.

Die letzten 20 Jahre waren eine bewegte Zeit für die deutsche Abfallwirtschaft. In dieser Zeit haben wir gemeinsam eine positive Wandlung herbeigeführt:

von der klassischen Entsorgungswirtschaft, zu einer ressourcenschonenden Stoffstromwirtschaft und innovativen Umwelttechnikbranche.

Unser Blick auf den Abfall hat sich unter anderem durch steigende Rohstoffpreise und Sorgen um die Rohstoffversorgung in den letzten Jahren grundlegend verändert. Heute wird Abfall zunehmend als Ressource wahrgenommen, aus dem immer noch Schätze zu heben sind.

Anhand der globalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigt sich sehr deutlich, wie wichtig ein Umdenken in dieser Hinsicht für unsere Zukunft ist. Nach den Erkenntnissen der Europäischen Kommission hat sich im Laufe des 20.

Jahrhunderts der weltweite Verbrauch von fossilen Brennstoffen verzehnfacht. Der Abbau von Bodenschätzen ist in der gleichen

Zeit um den Faktor 34 gestiegen. Beim Verbrauch an Ressourcen, die uns diese Erde zur Verfügung stellt, leben wir damit heute bereits deutlich über unsere Verhältnisse.

Bis zum Jahr 2050 wird die Weltbevölkerung weiter angewachsen sein, von derzeit 7 auf bis zu 9 Milliarden Menschen. Gleichzeitig wird sich die Zahl der Menschen, die in Industriegesellschaften leben, im selben Zeitraum verdreifachen. Wenn wir die üblichen Konsummuster beibehalten, wird sich der Verbrauch an Rohstoffen wie Mineralien, Erze, fossilen Brennstoffen und Biomasse verdoppeln und der Verbrauch an Ressourcen bald die Kapazität von zwei Erden erfordern. Die logische Konsequenz ist, dass die Hoffnung auf eine bessere Lebensqualität für viele Menschen unerfüllt bleiben könnte bzw. sogar zerstört wird.

Es ist klar, dass die wichtigste und größte Herausforderung für die Welt im 21. Jahrhundert die Schonung der vorhandenen Ressourcen ist.

In ihrem Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa vom September 2011 fordert die Europäische Kommission, das Wirtschaftswachstum von der Rohstoffentnahme aus der Umwelt zu entkoppeln. Das bedeutet, dass es in Zukunft verstärkt darauf ankommen wird, auf den Einsatz sekundärer Rohstoffe zu setzen, die in erster Linie aus einer modernen und stoffstromorientierten Kreislaufwirtschaft gewonnen werden.

Die Entsorgungswirtschaft leistet dazu einen sehr wichtigen Beitrag. Obwohl die Abfallbewirtschaftung erst am Ende des Lebenszyklus materieller Güter angesiedelt ist, trägt die effiziente Rückführung von Sekundärrohstoffen in den Wirtschaftskreislauf und die damit erzielte Substitution von Primärrohstoffen aktiv zur Ressourcenschonung bei und verbessert die Kreislaufschließung.

Bereits im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz von 1994 war Ressourcenschonung als Kernziel definiert. Aus diesem ist nun das Kreislaufwirtschaftsgesetz geworden, das vor einem Jahr in Kraft getreten ist.

Mit diesem Gesetz ist endgültig ein Paradigmenwechsel verbunden, denn Ziel ist es nunmehr, natürliche Ressourcen zu schonen und Abfälle umweltverträglich zu bewirtschaften. Die nachhaltige Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie die Ressourceneffizienz spielen somit eine wesentliche Rolle.

Kern des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist die fünfstufige Abfallhierarchie und ihre Umsetzung. Die Hierarchie legt die grundsätzliche Stufenfolge aus Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Recycling und sonstiger Verwertung von Abfällen (zum Beispiel energetischer) und schließlich der Abfallbeseitigung fest. Vorrang hat die jeweils beste Option aus Sicht des Umweltschutzes. Dabei sind neben den ökologischen

Auswirkungen auch technische, wirtschaftliche und soziale Folgen zu berücksichtigen. Die Kreislaufwirtschaft wird somit konsequent auf die Abfallvermeidung und das Recycling ausgerichtet.

Gemeinsam mit dem Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung (ProgRress) bietet sich die Chance, sich langfristig dem Ziel in sich geschlossener Stoffkreisläufe zu nähern. Damit sind die Weichen in Richtung Recyclinggesellschaft gestellt.

Deutschland befindet sich auf dem richtigen Weg: Im Jahr 2010 konnten Siedlungsabfälle in Deutschland bereits zu 63 Prozent recycelt werden; inklusive der energetischen Verwertung lag die Verwertungsrate sogar bei 78 Prozent. Damit kommt Deutschland der in der Abfallrahmenrichtlinie verankerten Recyclingquote von insgesamt 65 Prozent für Siedlungsabfälle bereits sehr nahe.

Zugleich gilt es die Aufmerksamkeit besonders in Bereiche zu lenken, in denen die Möglichkeiten bisher nur ungenügend ausgeschöpft wurden.

Dies betrifft vor allem die Bio- und Kunststoffabfälle. Auch im Bereich Industrie und Gewerbe steckt weitaus mehr Recyclingpotential als bisher ausgeschöpft wurde. Um eine hochwertige und ressourcenschonende Verwertung dieser Abfälle zu ermöglichen, ist insbesondere das untergesetzliche Regelwerk zum Kreislaufwirtschaftsgesetz, zum Beispiel die Gewerbeabfallverordnung, anzupassen.

Eine Studie des Umweltbundesamtes von 2010 zeigt beispielsweise Defizite bei der derzeitigen Entsorgungspraxis gewerblicher Siedlungsabfälle auf und weist diesen Abfallströmen Optimierungspotenziale in einer Spannbreite von 1,1 bis maximal 3,2 Millionen Megagramm (Mg)¹ pro Jahr zu. Bei einer derzeit verwerteten Menge von nur 0,46 Millionen Mg

¹ In der Abfallbranche übliche Einheit; 1 Megagramm = 1 Tonne

pro Jahr sehen wir hier ein erhebliches Potential, insbesondere hinsichtlich des Recyclings der im Abfall enthaltenen Wertstoffe. Ich hoffe, dass – auf der Basis der vom UBA geleisteten Vorarbeiten – die Novelle der Gewerbeabfallverordnung als eines der ersten Projekte in der neuen Legislaturperiode realisiert wird.

Effizienter Ressourcenschutz darf natürlich nicht erst am Ende der Produktlebenszeit ansetzen, sondern muss im Sinne des Vorsorgeprinzips bereits die Produktentwicklung und das Design erfassen. Maßnahmen des produktbezogenen Umweltschutzes sind unabdingbar, um sicherzustellen, dass auch die verfolgten Umweltziele bei der Abfallbewirtschaftung erreicht werden können.

Dazu gehört nicht nur eine ressourcenschonende Produktions- und Wirtschaftsweise, sondern auch die Vermeidung einer dauerhaften Belastung der Umwelt mit Schadstoffen wie Cadmium oder Quecksilber in Neuprodukten. Ein wichtiger Ansatz ist die Stärkung und der weitere Ausbau der Produktverantwortung der Hersteller von Produkten. Diese beinhaltet die Verpflichtung, schadstofffreie bzw. schadstoffärmere und kreislauffähige Produkte auf den Markt zu bringen.

Da die Hersteller selbst die Verantwortung für die umweltgerechte und schadlose Verwertung und Beseitigung der anfallenden Abfälle tragen, besteht der Anreiz das Design von Produkten zu optimieren, um Kosten einzusparen. Industrie und Gewerbetreibende müssen jedoch selbst davon überzeugt sein, dass es die richtige Strategie für ein dauerhaft erfolgreiches Unternehmen ist, ressourceneffiziente Produkte und Dienstleistungen auf den Markt zu bringen.

Dazu gehört vor allem auch, bei der Produktion verstärkt auf Haltbarkeit und Recyclierbarkeit zu setzen und die Lebensdauer und Wiederverwendbarkeit von Produkten zu erhöhen.

Aufgabe der Politik ist es, den Unternehmen die nötigen Anreize zu verschaffen und diese bei Bedarf zu unterstützen, damit auch das Vertrauen in den Markt erhalten bleibt. Das Umweltbundesamt ist aktiv an der Unterstützung von Unternehmen beteiligt, die ihren Materialeinsatz unter Umweltgesichtspunkten optimieren. Ich verweise hier auf den aktuellen Schwerpunkt unseres Umweltinnovationsprogramms: „Materialeffizienz in der Produktion“².

In Zukunft wird die Sicherung des Industriestandortes Deutschlands nur möglich sein, wenn es gelingt, innovative Produktionstechniken in dieser Hinsicht weiter voranzutreiben. Nur auf diesem Wege können wir uns an einem wachsenden

2 <http://www.umweltinnovationsprogramm.de/Materialeffizienz>

grünen Markt beteiligen und die daraus entstehenden Vorteile für den Standort Deutschland nutzen.

In einer globalisierten Welt stellt sich die Frage, wie es in Zukunft gelingen kann, internationale Stoffkreisläufe zu schließen ohne die Umwelt durch Schadstoffe zu belasten.

Problematisch ist hierbei, dass die Zusammensetzung und die Rohstoffflüsse international produzierter und gehandelter Güter meist nicht bekannt sind. Dieser Mangel an Informationen sorgt dafür, dass viel zu oft kein adäquates Recycling stattfindet.

Besonders auf dem Sektor der Informations- und Kommunikationstechnik müssen die Recyclingquoten verbessert werden, um potentiell knappe oder kritische Metalle, Edelmetalle und Seltene Erden zurückzugewinnen. Da hier die Produktlebenszyklen in den meisten Fällen sehr kurz sind, entstehen ein hoher Rohstoffverbrauch und gleichzeitig große Abfallmengen.

Probleme entstehen aber vor allem auch durch illegale Exporte von Abfällen, die Wert- aber auch Schadstoffe enthalten, wie Elektroaltgeräte. Ein effizientes Recycling ist gerade in Empfänger-Ländern mit fehlendem technischen Know-how ein Problem und oft nur unter Bedingungen möglich, die die Umwelt sowie die Gesundheit der Menschen stark belasten.

Gerade im Bereich der Elektroaltgeräte haben wir die Verantwortung dafür zu sorgen, dass illegale Exporte verhindert werden. Diese werden oftmals als Gebrauchsgüter deklariert transportiert, wobei die Unterscheidung zwischen Abfall und Nicht-Abfall klare Vorgaben erfordert. Die Aufdeckung solcher FehldeklARATIONEN erfordert gut geschultes Personal und hohen Zeitaufwand bei den Kontrollbehörden.

Ich begrüße es sehr, dass die Europäische Union inzwischen eigene Regelungen geschaffen hat, in der eine Umkehr der Beweislast vorgesehen ist, das heißt, der Exporteur muss schlüssig nachweisen, dass es sich bei den exportierten Gütern

nicht um Abfall handelt. Dabei wird zukünftig der Nachweis, dass es sich um funktionsfähige Geräte handelt, durch den Exporteur zu erbringen sein. Dazu ist das deutsche Recht entsprechend anzupassen, was so schnell wie möglich erfolgen sollte.

Trotz aller abfallrechtlicher Regelungen wird der illegale Umgang mit Abfällen vermutlich auch in Zukunft ein großes Thema sein. Eine qualifizierte Kontrolle durch die Vollzugsbehörden wie die SAM ist deshalb auch in Zukunft notwendig und damit ein unverzichtbarer Bestandteil der modernen Abfallwirtschaft.

Wir stehen somit vor alten, aber auch vor neuen Herausforderungen in der Umwelt-, der Wirtschafts- und auch der Außenpolitik.

Um die gesetzten Ziele zu erreichen, ist es vorteilhaft von den Erfahrungen Anderer zu profitieren und sich durch

Kooperationen und über Netzwerke miteinander auszutauschen. Ich begrüße es sehr, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz Unternehmen durch eine Vielzahl von Projekten bei der Erhöhung der Ressourceneffizienz unterstützt. Ein gutes Beispiel für länderübergreifenden Wissenstransfer im deutschsprachigen Raum ist der Erfahrungsaustausch über das PIUS-Internet-Portal. Die SAM ist hier federführend tätig und beteiligt sich mit langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet des produktionsintegrierten Umweltschutzes sowie im Themenfeld Ressourceneffizienz. Anhand der monatlichen Zugriffszahlen von rund 15.000 Einzelnutzern wird deutlich, wie intensiv die Angebote genutzt werden.

Diese Vorteile einer öffentlichen Transparenz hat das Land Rheinland-Pfalz auch für den Entwurf eines neuen Sonderabfallwirtschaftsplans genutzt und diesen auch für die Bürgerinnen und Bürger zur Diskussion gestellt. Auch hier steht die SAM Rheinland-Pfalz als zuverlässiger Partner zur Seite,

der darüber wacht, dass die gesetzlichen Ziele und Standards eingehalten werden. Die Einhaltung dieser spielt besonders für die gemeinwohlverträgliche Entsorgung von gefährlichen Abfällen eine große Rolle. Der Umgang und die Entsorgung gerade dieser Abfälle sind für den Umweltschutz von zentraler Bedeutung, wie dies im vergangenen Jahr im Rahmen der Diskussion um die in Bhopal verbliebenen „Giffässer“ erneut deutlich geworden ist.

Bei den gefährlichen Abfällen ist es im Kontext der Abfallhierarchie das Ziel, diese nach Möglichkeit zu vermeiden oder einer Verwertung zuzuführen. Der Stand der Technik spielt hierbei eine entscheidende Rolle für die umweltgerechte und nachhaltige Entsorgung von gefährlichen Abfällen und erfordert daher eine regelmäßige Vorsorgeplanung.

Heute können wir uns gemeinsam darüber freuen, dass die in Deutschland erreichten Standards als vorbildlich gelten und unsere Technik und unser Know-how sehr begehrt sind.

Gerade deshalb ist es wichtig, Wissen und Erfahrungen im Bereich Umweltschutz auch auf internationaler Ebene auszutauschen.

Erfahrungen aus dem Abfalltechnologietransfer zeigen, dass es in vielen Ländern einen großen Bedarf an „Best-Practice-Wissen“ gibt. Dazu zählt sowohl die Anlagentechnik, wie Sortier- und Recyclingtechnik, sowie auch Lösungen zum Stoffstrommanagement. Die Herausforderung für die Zukunft ist es, die beteiligten Akteure besser zu koordinieren und durch verbesserte Transparenz und Kommunikation die Außenwirkung solcher Projekte zu erhöhen.

Die neue Bundesregierung wird vor der Herausforderung stehen, den Gedanken der Ressourceneffizienz insbesondere durch die weitere Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens voran zu bringen und breiter zu verankern. Dazu sind Konkretisierungen und Ergänzungen der vorhandenen Rechtsbestimmungen, wie dem Kreislaufwirtschafts-Gesetz (KrWG) voranzutreiben und insbesondere das untergesetzliche Regelwerk weiter auszugestalten.

Informelle Mittel wie die Selbstverpflichtung sowie ökonomische Anreize werde darüber hinaus weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Letztendlich entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, ob sich der Gedanke der Ressourcenschonung in der Wirtschaft durchsetzen wird. Deshalb ist eine erfolgreiche Ressourcenpolitik ohne deren aktive Einbeziehung nicht möglich. Damit ein ressourcenschonendes Verhalten beruflich und privat zur Selbstverständlichkeit wird, sind Information,

Qualifikation und Motivation notwendig. Kenntnisse und Bewusstsein über Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz sollen als Kernkompetenz verantwortungsbewussten Handelns in der Bildung breit verankert werden.

Die Sonderabfallmanagement GmbH stellt ein umfangreiches Beratungs- und Fortbildungsangebot zur Verfügung. Dank nunmehr 20 Jahren Erfahrung im Management von Sonderabfällen sind Sie ein hervorragender Ansprechpartner für Unternehmen, die darüber informiert werden müssen, wie sie durch den effizienten Einsatz von Ressourcen im Betrieb mehr Nutzen erzielen und nachhaltig Kosten sparen können. Die Sonderabfallmanagement GmbH leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Ressourceneffizienz in Deutschland.

In Zukunft wird es nicht nur darauf ankommen, Ressourcen effizienter einzusetzen, sondern auch den Verbrauch von Rohstoffen zu senken. Dazu werden wir uns auch dem Thema Suffizienz stellen müssen. Allerdings nicht unter dem Überbegriff von Verzicht, sondern durch Neudefinition von Zufriedenheit und Wohlbefinden.

Dabei geht es nicht einfach nur darum, etwas zu haben oder nicht, sondern auch darum, ob wir uns auch mit weniger Verbrauch oder Alternativen zufrieden geben können. Für mich ist es eine sehr spannende Frage, wie die Gesellschaft in Zukunft den Begriff „Wohlstand“ definieren wird. Fakt ist, dass 18 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen und dies in unterschiedlichen Größenordnungen. Während die Europäer im Mittel 43 Kilogramm Rohstoffe pro Einwohner und Jahr verbrauchen sind es in Afrika nur 10 Kilogramm pro Einwohner und Jahr, aber in Nordamerika 88 Kilogramm pro Einwohner und Jahr.

Aus unserer Sicht sollten Versuche unternommen werden eine Vereinbarung über den Pro-Kopf Verbrauch zu treffen, wobei reiche industrialisierte Staaten reduzieren müssen und für sich entwickelnde Staaten ein Entwicklungspotenzial gegeben sein muss.

Die Menschheit muss sich in einem „Nachhaltigkeitskorridor“ treffen.